

⇒ Torsten Meireis

Prekäre Gerechtigkeit – zur ethischen Bewertung zunehmender Unsicherheit im Erwerbskontext

⇒ Einführung

Wenn es um die sozialetische Analyse und Bewertung des Phänomens der Prekarisierung geht, scheinen mir vier Aufgaben von Bedeutung. Zunächst ist zu klären, was eigentlich in einem sozialwissenschaftlichen Sinn unter ›Prekarisierung‹ zu verstehen ist und welche Bedeutungsvariante als plausibelste erscheint. In einem zweiten Schritt möchte ich die Argumente für und gegen eine Verwendung des Begriffs als Konzept in der sozialetischen Debatte abwägen und für eine solche Verwendung plädieren. Drittens lassen sich dann unter dem Aspekt der Klugheit, des Guten und des Richtigen Kriterien zur ethischen Bewertung des Phänomens darstellen. Schliesslich sollen in einem Ausblick mögliche sozialpolitische Umgangsweisen mit dem Phänomen skizziert werden.

⇒ 1 Der Begriff der Prekarisierung

Die Klärung von Begriff und Konzept der ›Prekarisierung‹ ist schon deswegen nicht ganz trivial, weil sowohl das Konzept wie der Sachverhalt, der damit bezeichnet wird, höchst umstritten sind (vgl. z. B. Barbier 2008, 31-49). Argumente gegen den *Begriff* sind unter anderem seine unterschiedliche Verwendung in länderspezifischen Diskursen, die nicht zuletzt mit der je unterschiedlichen normativen Einbettung der gemeinten Phänomene zu tun hat (ebd. 41) sowie die These,

dass der Begriff in seinem französischen Herkunftskontext letztlich kein soziologisch gehaltvolles Konzept, sondern einen blossen politischen Kampfbegriff darstelle (ebd. 34-36).¹ Als Gegen-

Torsten Meireis, Dr. theol., Professor für Systematische Theologie mit Schwerpunkt Ethik an der Theologischen Fakultät der Universität Bern.
GDN: 114335249

(1) Noch deutlicher in Barbier 2004, 7-18; European Xnat Cross-national research papers, Download unter: <http://www.xnat.org.uk/> (Zugriff am 12.07.2011); Jean-Claude BarbierNRS/

Begriff wird dann etwa ›job quality‹ vorgeschlagen, der eine breitere internationale Vergleichbarkeit ermögliche (ebd. 45-46). Argumente gegen den *Sachverhalt* behaupten in der Regel, dass die Zusammenfassung der Themen von Niedriglohnssektor, befristeter Beschäftigung und Arbeit in Teilzeit zur Hypothese einer mangelnden Sicherung letztlich unzulässig sei, weil die Phänomene auf unterschiedliche Ursachen zurückgingen und insofern getrennt voneinander zu analysieren seien (vgl. etwa IWKöln 2011, 3-4.46-48). Aber auch unter denjenigen, die den Begriff zur Konzeptualisierung einer bestimmten sozialen Realität verwenden, lassen sich Differenzen ausmachen. Während es sich bei Castel, Boltanski und Chiapello (Boltanski/Chiapello 2006, 261-376), aber auch bei Dörre vorrangig um eine Diagnose handelt, die von den Zusammenhängen der Arbeitsgesellschaft ausgeht und ihren Ausgang von Unsicherheit im Kontext abhängiger Beschäftigung und ihrer wohlfahrtsstaatlichen Absicherung nimmt, gibt es in anderen Zusammenhängen auch die Tendenz zur Bezeichnung einer Lebenslage.²

Unter ›Prekarisierung‹ soll hier im Anschluss an Robert Castel (2000, 348-364) die These einer arbeitsgesellschaftlichen Entwicklung verstanden werden, die sich als Zunahme sozialer Unsicherheit durch den Abbau von sozialen Rechten und Absicherungen aus Erwerbsarbeit beschreiben lässt und die besonders diejenigen trifft, die zur Gewährleistung ihres Auskommens und Lebensstandards auf Ihre – unterschiedlich qualifizierte – Arbeitskraft angewiesen sind, also über keine ökonomischen Vermögen verfügen, die so groß sind, dass sie zur Absicherung gegen Wechselfälle der Konjunktur und des Marktes geeignet erscheinen. Die These hat einen diachronen Aspekt, der freilich unterschiedlich akzentuiert werden kann: In Kontexten, in denen die Absicherung von staatlicher Seite schon immer gering war, wird die Analyse stärker auf die Veränderungen von Konjunktur und Produktionsregime (Fordismus/Postfordismus) bezogen (Castel 2000, 338-349). Die Unsicherheit ist dabei nicht allein auf sogenannte atypische Beschäftigungen bezogen, sondern kann sich auch in klassischen, unbefristeten Vollzeiterwerbsverhältnissen ergeben, etwa, wenn durch Verkaufsrüchte bezüglich des Unternehmens oder die

Centre d'études de, Download unter: <http://ces.univ-paris1.fr/membre/barbier/barbier.html> (Zugriff am 12.07.2011).

(2) So etwa bei Bourdieu (1998), Standing (2011), aber auch in den deutschen Debatten, die durch die Etikettierung eines bestimmten politischen Milieus als ›abgehängtes Prekariat‹ und die Verwendung der Studie zur Behauptung eines ›deutschen Unterschichten-Problems‹ durch den SPD-Politiker Kurt Beck initiiert wurden. Vgl. zur Studie Müller-Hilmer 2006, vgl. zum Vorgang insgesamt Meireis 2007.

Konkurrenz von schlechter gestellten ›Leiharbeitern‹ entsprechende konjunkturelle Risiken unmittelbar spürbar werden.

So verstandene Prekarisierung betrifft gerade auch die Mittelschichten, die Rede vom ›Prekariat‹ ist insofern irreführend, wenn damit eine soziologisch identifizierbare Schicht gemeint sein soll (vgl. Meireis 2007).

Allerdings ist zu berücksichtigen, dass sich je nach Lebenssituation sehr unterschiedliche Auswirkungen ergeben können, die sich mit Klaus Dörre als Zonen der Unsicherheit beschreiben lassen (Dörre 2005, 250-258). Wenn freilich die Lebenslagen berücksichtigt werden müssen, um beurteilen zu können, ob zu Recht von Prekarität gesprochen werden kann, dann verkomplizieren sich die Diagnose wie auch die ethische Beurteilung und die Erhebung von Lösungsmöglichkeiten erheblich, wie sich etwa aus der Debatte um die ›gefühlte Prekarität‹ erkennen lässt (Keller/Seifert 2006; Kraemer 2009, 28-32). Auch ist zu bedenken, dass das Phänomen je nach bisheriger Ausprägung des Wohlfahrtsstaats unterschiedlich wahrgenommen werden kann: In liberalen Wohlfahrtsstaaten nach angelsächsischem Muster ist – gerade im Falle relativ schwacher Gewerkschaften – die Rechtsstellung der Arbeitnehmer klassisch schwächer als in Wohlfahrtsstaaten des sozialdemokratischen Typus³ – auch damit könnte zusammenhängen, dass der Begriff auch in kritischen Analysen aus dem angelsächsischen Raum keine grosse Rolle spielt, wie sich etwa an Richard Sennetts (1998) ›Corrosion of Character‹ (dt. Der flexible Mensch) oder Barbara Ehrenreichs (2001) populärer Reportage über den us-amerikanischen Niedriglohnbereich zeigen lässt.⁴

Ob die zunehmende Flexibilisierung von Erwerbsverhältnissen und die Zunahme sog. atypischer Beschäftigung überhaupt als Problem wahrgenommen und mit dem Begriff der Prekarisierung benannt werden, hängt also von verschiedenen Prämissen ab, darunter auch normativen. Wer von einer Problematik der Prekarisierung spricht, meint in der Regel die Re-Etablierung einer sozialen Unsicherheit im Erwerbskontext, vor der sich Menschen – i. d .R. abhängig Beschäftigte und von ihnen wiederum Abhängige – nicht zu schützen vermögen und die gravierende Auswirkungen auf Teilhabe-, Teilnahme- und Anerkennungschancen hat.

Sofern die Prekarisierungsthese nicht ohne Rekurs auf politische Kulturen und Lebenslagen – die selbst ihre Bedeutung aus einem sozial-

(3) Zur Klassifikation vgl. Andersen 1990.

(4) Dies wird von Barbier (2008) 36-37 als Argument gegen die Triftigkeit des Prekarisierungsbegriffs eingewandt.

kulturellen Kontext beziehen – beurteilt werden kann, sofern also normative Einstellungen und Annahmen bedeutsam für die Analyse sind, stellt sich auch an diesem Problem die Frage nach der normativen Dimension der sozialwissenschaftlichen Analyse. Ob die Frage nach der Bedeutung zunehmender sozialer Unsicherheit im Erwerbskontext sinnvoll gestellt werden kann, ist insofern nicht ohne die Frage nach dem normativen Stellenwert kollektiver sozialer Absicherung, wohlfahrtsstaatlicher Transfers und staatlicher Regulation von (Arbeits-)Märkten zu entscheiden.

Auch mit diesem Befund wird an der Prekarisierungsdebatte einmal mehr die Frage nach der normativen Grundierung der Sozialwissenschaft selbst akut, die sich mindestens in Fragestellungen, heuristischen Konzepten und Erkenntnisinteressen zeigt. Hier wird diesbezüglich die These vertreten, dass angesichts der Unumgänglichkeit einer normativen Qualifizierung der Beobachterposition nur der offene, reflektierte Umgang mit diesen normativen Aspekten mit dem wissenschaftlichen Ethos verträglich erscheint (Rich 1991, 71-104; 1992, 15-19).

⇒ 2 Prekarisierung als sozialetisches Konzept?

Mit der Arbeitsdefinition der Prekarisierungsthese und einer Reflexion auf die Unhintergebarkeit normativer Fragestellungen ausgestattet, lässt sich im nächsten Schritt fragen, ob der Begriff der Prekarisierung in der *sozialetischen Debatte* überhaupt sinnvoll zu verwenden ist. Dies ist der hier vertretenen Auffassung zufolge aus drei Gründen der Fall:

Zunächst lässt sich natürlich argumentieren, dass der Begriff in Wissenschaft und Politik tatsächlich verwendet wird, sodass eine normative Analyse sinnvoll erscheint. Politisch ist der Begriff in der Tat bisher vor allem in Südeuropa (Mayday) verbreitet, wird aber zunehmend auch im deutschsprachigen und zunehmend auch im angelsächsischen Raum diskutiert (vgl. Thornlay u. a., 2010). Das Argument der soziologischen Beliebigkeit lässt sich dabei angesichts der zunehmend differenzierten Forschung nicht ohne weiteres halten.

Zudem erlaubt das Konzept eine nicht zu unterschätzende Bündelungswirkung und Erklärungsleistung für soziale Phänomene, die von einer zunehmenden Verunsicherung im betrieblichen Kontext (vgl. Dörre 2011, 394-401) über politische Radikalisierungen (vgl. Mansel u. a. 2006, 39-66) reichen – es steht noch aus, ob, scheint aber wahrscheinlich, dass es auch zur Erklärung der semikriminellen Sozialaufstände beitragen kann, die in den urbanen Zentren Englands und

Frankreichs beobachtbar sind.⁵ Seine Pointe besteht dann in der Tat darin, dass es die Entwicklung der Erwerbsarbeitsverhältnisse einerseits als strukturierend, andererseits als stilbildend für die gesellschaftlichen Interaktionen auf den verschiedenen Ebenen konzeptualisiert. Schon aus diesem Grund lässt sich seine Verwendung auch in Kontexten rechtfertigen, deren wohlfahrtsstaatliche Arrangements schon immer vergleichsweise hohe Unsicherheiten auf Seiten der abhängig Beschäftigten und hohe Ungleichheiten der Vermögensverteilung in Kauf genommen haben, in denen es also weniger um eine Wiederkehr als eine Fortsetzung der sozialen Unsicherheit geht. Im Hintergrund steht dabei die Annahme, dass Beziehungen im Erwerbskontext in einer Arbeitsgesellschaft paradigmatisch für die Konzeption von Tätigkeit und die gesellschaftlichen Beziehungen überhaupt sind, sodass sich sowohl soziale Unsicherheit aus abhängiger Beschäftigung als auch die Gestalt der Interaktionen und Handlungskoordination in anderen gesellschaftlichen Bereichen auswirken. Sofern Menschen, die auf abhängige Beschäftigung angewiesen sind, auch postfordistischen Flexibilisierungs- und Mobilitätsimperativen gleichsam schutzlos ausgesetzt sind, die ihr traditionales, in der Regel auf Ortsgebundenheit angewiesenes soziales Kapital entwerten, lassen sich mittels des Prekaritätsbegriffs auch Sicherheitseinbußen konzeptualisieren, die sich eher lebensweltlich als arbeitsrechtlich darstellen, etwa, wenn die familiäre Unterstützung in der Vermögensbildung – etwa durch informelle Hilfskontexte – auf Grund von räumlicher Distanz nicht mehr zugänglich ist.

Schliesslich lässt sich heuristisch argumentieren, dass angesichts der sozialen Befunde eine sensible und tutoristische Krisenvermutung an dieser Stelle angemessener ist als der Verzicht auf integrale Erklärungsansätze – einige Überlegungen sollen dies plausibilisieren. Normativer Hintergrund einer solchen Heuristik ist ein aus der christlichen Tradition stammendes Gerechtigkeitskonzept, das die Perspektive derer fokussiert, die unter politischer, sozialer und wirtschaftlicher Entrechtung leiden (die hier aufgeführten Phänomene tauchen in der Kriteriologie natürlich als Problemanzeigen wieder auf).

So wird etwa aus der Sicht neoklassischer Ökonomie i. d. R. nicht von Prekarisierung gesprochen, die Flexibilisierung erscheint als notwendige und insofern unproblematische Anpassung von Arbeitskraftanbietern niedriger Produktivität an globalisierte Märkte, die auf die

(5) Über die Wechselwirkungen von liberaler Wohlfahrtsstaatlichkeit, sozialer Ungleichheit und Kriminalität bietet die klassische Armutsforschung Aufschluss, vgl. Wacquant 2009, 85-112; ders. 2004, 148-200.

Dauer wirtschaftliche Effizienz und Existenz sichert (vgl. hierzu etwa IWKöln 2011, 3-4.46-48) – diese Diagnose freilich will und vermag den Konnex zu weiteren gesellschaftlichen Entwicklungen nicht herzustellen.

Weil die Gestaltung des Erwerbsverhältnisses in einer Arbeitsgesellschaft Konsequenzen für alle lebensweltlichen und zivilgesellschaftlichen Zusammenhänge hat, besteht die Gefahr, dass eine Strukturierung der Erwerbsverhältnisse, die die Machtasymmetrie zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu Ungunsten letzterer verstärkt und verbreitert, ruinöse Konsequenzen für das ›soziale Band‹, also die Sozialintegration der Gesellschaft zeitigt und damit – etwa im Zusammenhang mit zunehmender Bildungsungleichheit – auch die ökonomische Infrastruktur massiv schwächt.

Wie das Beispiel der sog. liberalen Wohlfahrtsstaaten lehrt, ist in vorrangig marktgesteuerten Wohlfahrtsstaaten mit nur geringfügiger Arbeitsmarkt- und Bildungspolitik sowie geringer Pflege der Zivilgesellschaft mit hohen sozialen Kosten – Verarmungstendenzen, Kriminalität, Verslumung, Jugendkrawalle – zu rechnen (Wilkinson/Pickett 2009), während in Zeiten ökonomischer Krisen staatsinterventionistische Strategien vorteilhaft sein können (Meireis 2014).

In dem vom liberalen zum korporatistischen und wieder zurück zum liberalen Wohlfahrtsstaat changierenden (Moser 2008), hoch föderal und regionalistisch organisierten, klassisch ländlich geprägten sowie stark durch ein individualistisches Reformiertentum beeinflussten Gemeinwesen Schweiz gibt es eine lange Tradition ›verschämter‹ oder ›versteckter‹ Armut, die schon avant la lettre mit der Kombination verschiedener prekärer Beschäftigungen – Nebenerwerbslandwirtschaft, Industrie- oder Verlagsarbeit – einherging, durch die relativ geringe Mobilität und den vergleichsweise hohen Traditionalismus aber zur selbstverständlich akzeptierten Normalität gehörte (Buhmann u. a. 1989; Caritas Schweiz 2010). Mit den Umbrüchen, die nicht nur die politisch-ökonomische Lage der Schweiz betreffen: der Problematisierung des Bilateralismus, der zunehmenden Isolation und Gefährdung des auf Finanzdienstleistungen basierenden Wirtschaftsmodells und den unbearbeiteten Problemen einer Zuwanderungsgesellschaft, werden auch die klassischen Strategien des Umgangs mit solcher Prekarität prekär, was sich unter anderem am Aufstieg populistischer Parteien wie der SVP, an der erstmaligen Etablierung einer nationalen Armutskonferenz oder einer härteren Gangart im Bereich der AHV/IV ablesen lässt.

Sofern der Prekarisierungsansatz hier einen integralen und krisensensiblen Blick ermöglicht, scheint er Ansätzen, die eine solche integ-

rale Problemperspektive nicht zu bieten vermögen – bis zu seiner systematischen oder empirischen Widerlegung – vorzuziehen.

⇒ 3 Ethische Kriterien zur Bewertung des Phänomens

Vorausgesetzt, dass das Prekarisierungskonzept eine deskriptiv und präskriptiv sinn- und gehaltvolle Kategorie darstellt, legen sich drei Typen ethischer Kriterien nahe. Klugheitskriterien beziehen sich auf die Angemessenheit eines Mittels für einen bestimmten Zweck. Kriterien des Guten argumentieren aus einer bestimmten normativen Tradition und Perspektive, Kriterien des Richtigen zielen letztlich auf als universalisierbar gedachte Prinzipien. Auf allen drei Ebenen stellt sich dabei das als Prekarisierung etikettierte Phänomen als problematisch dar.

⇒ 3.1 Klugheitskriterien

Bezüglich der Klugheitskriterien lässt sich auf sozialer wie ökonomischer Ebene argumentieren, dass die unter dem Begriff der Prekarisierung gefassten Phänomene letztlich dysfunktional für die Sozialintegration der Gesellschaft und die Organisationsziele von Unternehmen sind.

Hinsichtlich der sozialen Ebene stellt die zunehmende Unsicherheit im Erwerbskontext eine erhebliche Gefährdung der Sozialintegration einer Gesellschaft dar, die sich sowohl auf die Mikrobene der individuellen Lebensführung wie die Mesebene zivilgesellschaftlicher Organisationen, aber auch die Makroebene politischer (demokratischer) Steuerung bezieht.

Die problematischen Veränderungen auf der Mikroebene individueller Lebensführung durch die Auswirkungen von Flexibilisierung und Mobilisierung, die sich im Befund der Prekarisierung bündeln und hinsichtlich des Aspekts der Unsicherheit fokussieren lassen, hat der amerikanische Soziologe Richard Sennett – sans phrase – in seiner bereits erwähnten Studie über den ›flexiblen Menschen‹ erläutert. Menschliche Beziehungen brauchen Zeit und Dauer, um vertraulich und verlässlich zu werden.⁶ Wer immer schon woanders ist, sich nach

(6) Vgl. Sennett 1998, 37-38: »Das besondere an der heutigen Ungewissheit ist die Tatsache, dass sie nicht in Verbindung mit einer drohenden historischen Katastrophe steht, sondern vielmehr mit den alltäglichen Praktiken eines vitalen Kapitalismus verwoben ist. Instabilität ist normal, Schumpeters Unternehmer erscheint als der ideale Jedermann. Vielleicht ist die Zerstörung des Charakters eine unvermeidliche Folge. ›Nichts Langfristiges‹

wechselnden Unternehmen und Schichtplänen richten muss und keine verlässliche Lebensplanung aufzubauen vermag, wird und kann sich weder im Verein noch in der Nachbarschaft, weder im KollegInnenkreis noch in der Verwandtschaft dauerhaft verwurzeln. Sennett hat dies, wie der englische Titel seines Buches verdeutlicht, auch als moralisches Problem, als Zersetzung des Charakters (›corrosion of character‹) gedeutet, weil es gerade dauerhafte Bindungen sind, die Moralität sozial plausibel machen. Arlie Russel Hochschild (2002) hat die Diagnose einer Zersetzung von Bindungen in ihrer hervorragenden Studie ›Keine Zeit‹ empirisch bestätigt: Die Unstetigkeit, die durch Erwerbsunsicherheit, Flexibilisierung und Mobilität verursacht wird, wirkt bis tief in die Familien zurück, in denen auch die Ausbildung und das Frühstück der Kinder nun taylorisiert, nämlich möglichst effizient gestaltet werden muss. »Die Macht der Unternehmen über die Familien ist viel größer als die Macht der Familien über die Unternehmen, und die zeitlichen Anforderungen der Arbeit scheinen unverrückbar zu sein, die Zeitforderungen zu Hause dagegen manipulierbar. Angesichts dieser Konstellation konzentrieren sich die Beschäftigten auf denjenigen Aspekt, von dem sie meinen, sie könnten ihn selbst steuern. Auf diese Weise sind sie ständig dabei, die verschiedenen Fragmente einer zunehmend zersplitterten häuslichen Zeit zu organisieren und umzuorganisieren, nicht aber gegen die langen Arbeitszeiten und die Einteilung der Schichten in der Fabrik aufzubegehren. Mario [ein interviewter Arbeiter] verlangte mehr freie Zeit nicht von Amerco [dem Unternehmen]; er verlangte sie von Deb [seiner ebenfalls erwerbstätigen Frau]. Eltern stellten keine Forderungen an das Unternehmen; sie stahlen Zeit bei ihren Kindern« (Hochschild 2002, 207). Kinder etwa sind aber dafür aber nicht gemacht.

Die Bedeutung für die Ebene der Zivilgesellschaft liegt auf der Hand. Menschen, die keine verlässliche Lebensperspektive aufbauen können und vorrangig auf kurzfristige Lösungen hin orientiert sind, vermögen sich auch in Institutionen und Organisationen der Zivilgesellschaft, die über persönliche Beziehungen koordiniert werden und in denen Vertrauen und soziales Kapital nur über einen langen Atem erreichbar sind, kaum wiederzufinden. Kurzfristige Gratifikation ist aber gerade für nicht marktkoordinierte Beziehungen schwierig.

Die Dysfunktionalität ungesicherter Armut und der Furcht vor einer solchen, die durch Prekarisierungsprozesse massiv gefördert wird, für die Ordnung einer Gesellschaft dürfte inzwischen evident sein. Von

desorientiert auf lange Sicht jedes Handeln, löst die Bindungen von Vertrauen und Verpflichtung und untergräbt die wichtigsten Elemente der Selbstachtung.«

besonderer Bedeutung sind dabei Phänomene der Entwicklung feindseliger Mentalitäten gegenüber gesellschaftlich schwachen Gruppen, aber auch dadurch gesteuerte politische Optionen für rechtspopulistische Parteien (vgl. Heitmeyer 2006).⁷

Dieser Befund lässt sich freilich auch ökonomisch wenden, und zwar sowohl betriebs- wie volkswirtschaftlich.

Denn selbst in betriebswirtschaftlicher Perspektive ist diejenige marktorientierte Flexibilisierung, die in Prekarisierung resultiert, eine zumindest umstrittene Option.⁸ Spätestens seit dem bahnbrechendem Aufsatz ›The Nature of the Firm‹ des Ökonomen Ronald Coase (1937, 386-405) ist es klar, dass Firmen das Gegenteil von Markt darstellen. Dies lässt sich ökonomisch mit dem Konzept der Transaktionskosten erläutern: Weil es zu aufwendig und kostspielig ist, sich jedes Mal auf den Markt zu begeben, um die richtigen und verlässlichen Mitarbeiter zu finden, setzt man auf eine hierarchische, dauerhafte Organisation anstatt der flüchtigen und flexiblen Koordination durch den Markt. In der Kooperation von principal und agent, Arbeitgeber und Arbeitnehmer oder Vorgesetztem und Untergeordnetem ist freilich Vertrauen und Loyalität eine zentrale Ressource: schon, weil sich Engagement und Loyalität als weiche Faktoren eben nicht ohne weiteres juristisch-vertraglich absichern lassen. Mag eine Zwei- oder Drei-Klassengesellschaft auf der gleichen Fertigungsstrasse, im gleichen Dienstleistungsflur oder auch im mittleren Management kurzfristig vorteilhaft und gewinnbringend sein, weil sie es erlaubt, in einer konjunkturellen Flaute schnell Personal abzubauen und in der Stammebelegschaft Leistungsdruck durch Angst vor der Ersetzung durch schlechter entlohnte und gesicherte KollegInnen zu erzeugen,

(7) Solche gesellschaftlich virulenten Optionen können aber auch zu im Einzelfall völlig unberechenbaren mörderischen Entladungen führen wie auf der norwegischen Insel Utoya, auf welcher der dem Mittelstand entstammende Anders Breivik unter Angabe islamophober und ausländerfeindlicher Motive 78 Jugendliche kaltblütig ermordet hat.

(8) Wüst (2006, 48-50) unterscheidet zwischen dem flexiblen Unternehmen nach Atkinson, dem atmenden Unternehmen (nach Hartz und Keller/Seifert) sowie der ›new flexible firm‹ nach Ackroyd und Procter. Während Atkinson Flexibilität durch die Unterscheidung von Rand- und Stammebelegschaften einführen will, bei der die ›Randbelegschaften‹ ›numerisch flexibel‹ (also jederzeit entlassbar und einstellbar) und die Stammebelegschaften ›funktional flexibel‹ (also überall einsetzbar) sein sollen, sucht das Hartz-Modell gerade die Randbelegschaften zu vermeiden, indem auf interne Flexibilität (flexible Arbeitszeitmodelle, zeitlich und funktional flexibler Personaleinsatz) gesetzt wird. Dagegen setzt die ›new flexible firm‹ vor allem auf cost profit centers und outsourcing. Interessanterweise wird diese wichtige Unterscheidung aber gegenwärtig nicht mehr gemacht, so werden etwa in einem Handelsblatt-Artikel zum Thema alle Massnahmen unter dem Stichwort des ›atmenden Unternehmens‹ zusammengefasst, vgl. Terpitz 2009, 19.

dürfte doch die Einführung marktlicher Unsicherheit in die Organisation gerade auf Dauer kontraproduktiv sein, weil sie Loyalität und Engagement auf Seiten der Beschäftigten als höchst unkluge Investitionen erscheinen lässt. Auch aus diesem Grund scheint es auch aus einer ökonomischen Perspektive – jedenfalls dann, wenn man es mit der Produktion realer Güter und Dienstleistungen statt flüchtiger Finanzprodukte zu tun hat – keineswegs unklug, nicht allzu stark auf die Teilung in Stamm- und Randbelegschaften sondern vielmehr nicht nur auf equal pay sondern auch auf equal treatment zu setzen.

Sofern die zunehmende Einführung der Unsicherheit auch das – gleichsam als moralischer Überbau der Arbeitsgesellschaft fungierende – Arbeitsversprechen unterhöhlt, darf die Strategie der Prekarisierung auch einer nachhaltig orientierten volkswirtschaftlichen Perspektive als problematisch gelten.

⇒ 3.2 Kriterien des Guten

Aus einer am guten christlichen Leben orientierten Perspektive, die sich etwa mit dem christlichen Berufsbegriff (Meireis 2008, 490-538) verbinden kann und davon ausgeht, dass ein gutes Leben als durch Muße eingehegtes tätiges Leben im Dienst am Nächsten besteht, konterkariert eine solche Unsicherheit jede Möglichkeit kriteriengeleiteter Tätigkeitswahl und stellt von daher eine gravierende Beschneidung der Chance auf ein gutes Leben dar.

Wer jede Tätigkeit anzunehmen genötigt ist, die das Überleben sichert, vermag auch nicht nach moralischen Kriterien auszuwählen.

Eine Erwerbsexistenz, die durch Abrufbereitschaft und maximale (erzwungene) Flexibilität gekennzeichnet ist, legt der Freiheit zu selbstbestimmter Tätigkeit auch jenseits des Erwerbs hohe Hürden in den Weg. Das betrifft nicht nur das Leben in Erwerbstätigkeit und Zivilgesellschaft, sondern auch den Bereich von Privatleben und Familie (Hochschild 2002).

⇒ 3.3 Kriterien des Richtigen

Aus einer gerechtigkeitsorientierten Perspektive, der es um vergleichbare Möglichkeiten der Gestaltung sozialer und politischer Spielregeln geht, erscheint der Sachverhalt der Prekarisierung hochproblematisch, weil die Partizipationschancen der Menschen, die unter Bedingungen permanenter, nicht selbstgewählter Unsicherheit leben, zu schwinden drohen, sodass die Gefahr besteht, dass die rechtlich ver-

fassten Verteilungsregeln einer Gesellschaft nur noch von den Vermögenden zu deren Gunsten gestaltet werden. Damit aber wird die gesellschaftliche Gerechtigkeit, verstanden als prinzipielle Mitbestimmungsmöglichkeit aller Bürgerinnen und Bürger über die Regeln der Verteilung von Gütern und Lebenschancen, selbst prekär.

Sofern die Prekarisierung vorrangig weiblich ist, droht hier eine Verdopplung der bisher schon ungleichen Rollenverteilung und -anforderung, sofern die, denen per Konvention die meisten nicht-kommodifizierten Reproduktionstätigkeiten zugemutet sind, auch im Bereich der Erwerbstätigkeit entmündigt werden (vgl. Nickel 2009, 209-218).

Die oben bereits angesprochene Prägekraft der Erwerbsarbeit für die Lebenswelt in Arbeitsgesellschaften birgt unter Bedingungen zunehmend unsicherer Beschäftigungsverhältnisse die Gefahr, dass diejenige Unsicherheit, die im Erwerbszusammenhang zu einem allein an die Bedarfe des Arbeitgebers angepassten Verhalten führt, auch Auswirkungen auf das Partizipationsverhalten im zivilgesellschaftlichen und im politischen Kontext im engeren Sinne zeitigt, also alle Arenen des Politischen betrifft.

⇒ 4 Sozialpolitische Lösungsperspektiven

Soll Prekarisierung als Unsicherheit aus Arbeit minimiert werden, müssen Instrumente implementiert werden, die die gestiegenen sozialen und ökonomischen Flexibilitätsbedarfe berücksichtigen und mit der strukturellen Ermöglichung von Bindungen kombinieren, ohne die Kosten dieser Operationen einseitig den im Prozess Machtlosesten aufzubürden. Das lässt sich auf der Mikro-, Meso- und Makroebene konkretisieren: Auf der Makroebene nationaler wie internationaler Sozialpolitik spricht es für eine Gestaltung des Wohlfahrtsstaates, die a) auf eine Arbeitsmarktpolitik setzt, die die Beteiligung vor allem an Erwerbsarbeit im Bereich personennaher Dienstleistungen umfassend fördert, ggf. auch Arbeitsgelegenheiten (2. Arbeitsmarkt) bereitstellt und sich national wie international für verpflichtende kontextsensible Mindestlöhne engagiert, b) Elemente eines Grundeinkommens implementiert, um soziale Sicherung nicht länger allein an den Vollzeiterwerb zu koppeln, c) eine Bildungs- und Sozialpolitik verfolgt, die Kinder und ihre Familien insofern entlastet, als qualitativ hochstehende Einrichtungen früher und mittlerer Bildung (Ganztagskitas und -schulen) Teufelskreise der Deprivation zu unterbrechen erlauben. All dies ist selbstverständlich nicht umsonst zu haben, sondern impliziert eine Ordnung der Verteilungsgerechtigkeit, in der die Erfolgreichen

und Vermögenden in die Ordnung des Gemeinwesens investieren, die die Basis ihrer Vermögen sind. Im Meso-Bereich zivilgesellschaftlicher Organisationen – etwa der Gewerkschaften und Religionsgemeinschaften – ist es zunächst von Belang, die Prekarisierung als problematisches Phänomen wahrzunehmen, weil es sowohl die für die jeweiligen Organisationen nötige Möglichkeit und Bereitschaft zum Engagement untergräbt, weil es die Sozialintegration überhaupt schwächt und – jedenfalls im Fall von Gewerkschaften und christlichen Kirchen – zentrale Aspekte des Organisationsprogramms konkurrenziert. Eine zweite, durchaus anspruchsvolle Aufgabe vor allem für die Gewerkschaften, aber auch für Kirchen, stellt die Förderung und Bindung von Solidarität dar. Drittens müssen beide Organisationen damit umgehen, dass sie als Arbeitgeber und -nehmer selbst oft genug in diesen Konflikten stecken, in denen es keine Patentlösungen gibt. Auf der Ebene des Handelns von Unternehmen kann dies bedeuten, zugunsten nachhaltiger Firmenpolitik kurzfristig Profitmargen zu verringern und dies auch den Shareholdern zu vermitteln oder über die Flexibilisierung von Anlagen und Immobilien nachzudenken, statt allein an der Personalschraube zu drehen. Dies gilt in besonderer Weise für Organisationen wie Gewerkschaften oder Kirchen, die auch als soziale Unternehmen erscheinen und in ihren Erwerbsarbeitsverhältnissen dem Organisationsprogramm nur bei Strafe öffentlicher Dementierung des eigenen Anspruchs widersprechen dürfen. Auf der Mikroebene des einzelnen Akteurs, der einzelnen Akteurin bleiben Qualifikations-, und Weiterbildungsanstrengungen, aber auch die Solidaritätsbereitschaft auf allen Ebenen zentral: Soziale Unsicherheit lässt sich letztlich nicht durch Einzelkampf, sondern nur durch die Bereitschaft überwinden, in das soziale Band zu investieren – etwa zugunsten der Leiharbeitskollegen Kurzarbeit zu akzeptieren, die Reproduktions- und Fürsorgearbeit im privaten Kontext gerecht zu verteilen oder Steuern und Sozialabgaben bereitwillig zu akzeptieren und – auch bei gegebener Möglichkeit – nicht als homo oeconomicus aufzutreten.

⇒ Literaturverzeichnis

Barbier, Jean-Claude (2004): A Comparative Analysis of ›Employment Precariousness‹ in Europe. Presentation to the Seminar ›Learning from Employment and Welfare Policies in Europe‹ ESRC – CEE Paris, March 15, 2004, in: Letablier, Marie-Thérèse (Hg.): Learning from employment and welfare policies in Europe, Cross-National Research Papers. Seventh Series: European Cross-National Research and Policy Vol. 3, 7-18.

Barbier, Jean-Claude, (2008): There is more to Job Quality than ›Precariousness‹: A Comparative Epistemological Analysis of the ›Flexibility and Security Debate‹ in Europe, in: Muffels, Ruud J.A.: Flexibility and Employment Security in Europe. Labour Markets in Transition, Cheltenham, Northampton: Elgar, 31-49.

Bourdieu, Pierre (1998): Gegenfeuer, Konstanz: UVK.

Buhmann, Brigitte; Enderle, Georges; Jäggi, Christian; Mächler, Thomas (1989): Armut in der reichen Schweiz. Eine verdrängte Wirklichkeit, Zürich: Orell Füssli.

Castel, Robert (2000): Die Metamorphosen der sozialen Frage, Konstanz: UVK, 348-364.

Boltanski, Luc; Chiapello, Ève (2006): Der neue Geist des Kapitalismus, Konstanz: UVK (Orig. frz. 1999, dt. 2003), 261-376.

Caritas Schweiz (Hg.) (2010): Sozialalmanach 2010, Schwerpunkt: Armut verhindern, Luzern: Caritas Verlag.

Coase, Ronald (1937): The Nature of the Firm, in: *Economica* 4/1937, 386-405.

Dörre, Klaus (2011): Prekarität und Macht. Disziplinierung im System der Auswahlprüfungen, *WSI-Mitteilungen* 64/2011, Heft 8, 394-401.

Ehrenreich, Barbara (2001): Arbeit poor. Unterwegs in der Dienstleistungsgesellschaft, München: Kunstmann.

Esping Andersen, Gøsta (1990): The three worlds of welfare capitalism, Cambridge: Polity Press.

Heitmeyer, Wilhelm (2006): Deutsche Zustände 4, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

Hochschild, Arlie Russel (2002): Keine Zeit. Wenn die Arbeit zum Zuhause wird und zu Hause nur Arbeit wartet, Opladen: Leske + Budrich.

IWKöln – Institut der deutschen Wirtschaft Köln (2011): Gutachten: Der Niedriglohnsektor in Deutschland: Entwicklung, Struktur und individuelle Erwerbsverläufe. Im Auftrag der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft, Georgenstraße 22, 10117 Berlin, 3-4.46-48.

Keller, Berndt; Seifert, Hartmut (2006): Atypische Beschäftigungsverhältnisse: Flexibilität, soziale Sicherheit und Prekarität, WSI-Mitteilungen 5/2006, 235-240.

Kraemer, Klaus (2009): Prekarisierung – ein Vorschlag zur Systematisierung eines schillernden Begriffs, in: Stefan Kutzner, Michael Nollet, Jean-Michel Bonvin (Hg.): Armut trotz Arbeit. Die neue Arbeitswelt als Herausforderung für die Sozialpolitik, Zürich: Seismo, 21-37.

Mansel, Jürgen; Endrikat, Kirsten; Hüpping, Sandra (2006): Krisenfolgen. Soziale Abstiegsängste fördern feindselige Mentalitäten, in: Heitmeyer, Wilhelm (Hg.): Deutsche Zustände 4, Frankfurt a.M.: Suhrkamp, 39-66.

Meireis, Torsten (2007): Wer lebt prekär?, in: EuG 1/2007.

Ders. (2008): Tätigkeit und Erfüllung. Protestantische Ethik im Umbruch der Arbeitsgesellschaft, Tübingen: Mohr Siebeck.

Ders. (2014): Soziales Europa?, in: Jähnichen, Traugott; Bedford-Strohm, Heinrich; Reuter, Hans-Richard; Reihls, Sigrid; Wegner, Gerhard (Hg.): Soziales Europa? Jahrbuch Sozialer Protestantismus, Band 7, Gütersloh: Gütersloher, 153-176.

Moser, Julia (2008): Der schweizerische Wohlfahrtsstaat. Zum Ausbau des sozialen Sicherungssystems, Frankfurt a.M./New York: Campus.

Müller-Hilmer, Rita (2006): Gesellschaft im Reformprozess, Friedrich Ebert-Stiftung Juli 2006 (061017_Gesellschaft_im_Reformprozess_komplett.pdf), online zugänglich unter: www.fes.de (Zugriff am 11.2006); publizierte Version bei Neugebauer, Gero (2007): Gesellschaft im Reformprozess. Die Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn.

Nickel, Hildegard Maria (2009): Die ›Prekariert‹ – eine soziologische Kategorie? Anmerkungen aus einer geschlechtersoziologischen Perspektive, in: Castel, Robert; Dörre, Klaus: Prekarität, Abstieg, Ausgrenzung. Die soziale Frage am Beginn des 21. Jahrhunderts, Frankfurt/New York: Campus, 209-218.

Rich, Arthur (⁴1991): Wirtschaftsethik Bd.1, Grundlagen in theologischer Perspektive, Gütersloh: Gütersloher.

Ders. (²1992): Wirtschaftsethik Bd. 2, Marktwirtschaft, Planwirtschaft, Weltwirtschaft aus sozialemethischer Sicht, Gütersloh: Gütersloher.

Sennett, Richard (1998): Der flexible Mensch. Die Kultur des neuen Kapitalismus, Berlin: Berlin Verlag.

Standing, Guy (2011): The Precariat. The New Dangerous Class, London u. a.: Bloomsbury.

Terpitz, Katrin (2009): Das atmende Unternehmen. Business-Monitor: Flexibilisierung steht bei Managern hoch im Kurs. Sie wollen künftig auf Marktschwankungen schneller reagieren können, in: Handelsblatt 185 v. 25-27.09.2009, 19.

Thornlay, Carole; Jefferys, Steve; Appay, Beatrice (2010): Globalization and Precarious Forms of Production and Employment: Challenges for Workers and Unions, Cheltenham, Northampton: Elgars.

Wacquant, Loic J.D. (2004): Roter Gürtel, Schwarzer Gürtel. Rassentrennung, Klassenungleichheit und der Staat in der französischen städtischen Peripherie und im amerikanischen Ghetto, in: Häußermann, Hartmut; Kronauer, Martin; Siebel, Walter (Hg.): An den Rändern der Städte, Armut und Ausgrenzung, Frankfurt a.M.: Suhrkamp, 148-200.

Ders. (2009): Die Wiederkehr des Verdrängten – Unruhen, ›Rasse‹ und soziale Spaltung in drei fortgeschrittenen Gesellschaften, in: Castel, Robert; Dörre, Klaus: Prekarität, Abstieg, Ausgrenzung. Die soziale Frage am Beginn des 21. Jahrhunderts, Frankfurt/New York: Campus, 85-112.

Wüst, Kerstin (2006): Arbeitswelt und Organisation. Ein interdisziplinärer Ansatz, Wiesbaden: Gabler.

Wilkinson, Richard; Pickett, Kate (2009): Gleichheit ist Glück. Warum gerechte Gesellschaften für alle besser sind, Berlin: Tolkemitt.

Zitationsvorschlag:

Torsten Meireis (2014): Prekäre Gerechtigkeit – zur ethischen Bewertung zunehmender Unsicherheit im Erwerbskontext. (Ethik und Gesellschaft 2/2014: Prekäre Arbeit). Download unter: http://www.ethik-und-gesellschaft.de/mm/EuG-2-2014_Meireis.pdf (Zugriff am [Datum]).



ethikundgesellschaft
ökumenische zeitschrift für sozialetik

2/2014: Prekäre Arbeit

Klaus Dörre

Prekarität als Konzept kritischer Gesellschaftsanalyse – Zwischenbilanz und Ausblick.

Ueli Mäder

Arm, erwerbstätig und prekarisiert.

Sabine Plonz

Prekarisierung. Geschlechterperspektive. Ethik.

Michèle Amacker

Precare. Prekarität im Lebenszusammenhang: Die zwei Gesichter der *Care*-Prekarität.

Traugott Jähnichen

Prekarisierung der Arbeit – internationale Realität oder Schimäre: Zur deutschen Situation und zur Positionierung der EKD.

Torsten Meireis

Prekäre Gerechtigkeit – zur ethischen Bewertung zunehmender Unsicherheit im Erwerbskontext.

Christoph, Sigrist

Die sozialetische Herausforderung aus sozialdiakonischer Sicht.